

Mehr Ausbildungsplätze erreicht

Mit einem großen Paket an Aufgaben und hohen Zielen sind wir im Herbst 2008 an den Start gegangen. Nicht alles konnten wir in den letzten beiden Jahren verwirklichen, doch unsere Bilanz kann sich sehen lassen.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen haben wir uns das Thema Einstellungen auf die Fahne geschrieben. Und mit Stolz können wir heute darauf zurückblicken, dass wir mehr jungen Menschen zu einem Ausbildungsplatz bei Audi verhelfen konnten, als es vom Unternehmen vorgegeben war.

Zudem ist es uns gelungen, immer ein paar Auslerner mehr in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen, als es mit 15 Prozent in der Betriebsvereinbarung festgeschrieben steht.

Unser beharrliches Engagement mit Unterstützung der IG Metall-Betriebsräte hat auch dazu geführt, dass die Drehscheibenzeit von 24 auf 12 Monate reduziert werden konnte.

Zudem werden die Entgelte der Betroffenen an die tariflichen Entwicklung gekoppelt. Auch bei der Zahlung einer Belastungszulage waren wir, wo es notwendig war, erfolgreich.

Danke für die Unterstützung

Das Thema Qualität der Ausbildung ist allerdings etwas vielschichtiger. Dabei geht es um innerbetriebliche Aufträge, Mitsprache der Azubis, Lernstationen, Feedbacksysteme und eine Vielzahl von weiteren

Punkten die eine Ausbildung verbessern können. Auch hier konnten wir eine Menge Teilerfolge erzielen, die es gilt auch in Zukunft fortzusetzen.

Rückblickend kann ich daher nur sagen – es war eine schöne Zeit, eine aufregende Zeit und auch eine Zeit die mich und meine Einstellung geprägt haben. Ich bedanke mich bei allen, die mich in den letzten Jahren unterstützt haben und wünsche meinem Nachfolger oder Nachfolgerin den gleichen Erfolg und Ausdauer, das dieses Amt abverlangt.

Alexander Reinhart

Anmerkung der Redaktion:

Wir danken dir Alex im Namen aller Azubis, der Vertrauensleute, des Betriebsrates und der IG Metall Heilbronn-Neckarsulm für dein unermüdetliches Engagement und wünschen dir für deine Zukunft, natürlich bei Audi, alles Gute.



Alexander Reinhart (links) mit seiner Vorgängerin Angela Guld und Robin Lörcher bei einer Aktion zur Altersteilzeit in Stuttgart

Die andere Seite der Gewerkschaftsarbeit Neue Wege bei Lavatec

Neue Wege ging die IG Metall bei Lavatec in Heilbronn, um die Firma zu retten.

Nach einem Jahr in der Insolvenz, hat die Fa. Lavatec zum 01.06.2010 wieder neu gestartet. „Nach einer halbseidenen Vergangenheit des Waschmaschinenherstellers ist dies ein besonderer Erfolg“, so Gewerkschaftssekretär Michael Unser. Die Fa. Lavatec musste 2009 wegen mangelnder Professionalität und unverantwortlichem Verhalten des damaligen Geschäftsführers, Herrn Tatros, in die Insolvenz. Sowohl in der GmbH & Co KG wie auch in der GmbH wurde die Insolvenz verschleppt. Leidtragende waren ca. 230 Beschäftigte. Nun wird das Un-

ternehmen mit einem neuen Unternehmer (Herr Gräser ehemals Fa. Läßle) wieder neu eröffnet und soll in den nächsten Jahren wieder auf rund 200 Beschäftigte in den Böllinger Höfen wachsen.

Im Hintergrund hat die IG Metall mit die Fäden gezogen. Sie unterstützte die Banken-Finanzierung des neuen Unternehmens. „In schwierigen Zeiten muss man zusammenhalten können und auch etwas unkonventionellere Wege gehen, wenn man dadurch Arbeitsplätze sichern oder auch schaffen kann“, betont Michael Unser.

Die IG Metall wünscht Herrn Gräser alles Gute und wird den Neustart auch weiterhin unterstützen.



Übernahme-Action

Über 6.000 Gewerkschaftler waren an fünf Veranstaltungsorten am 10. Juni auf den Straßen von Baden-Württemberg. „Show Balls“ war das Motto, um ihren Forderungen bildhaft Nachdruck zu verleihen. Dabei geht es ihnen um nichts weniger als um die Übernahme nach der Ausbildung, gegen Leiharbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse

zu demonstrieren. Alexander Reinhart, Jugendvertreter bei Audi, bringt es auf den Punkt: „Unser gemeinsames Ziel muss sein, möglichst keine Leiharbeiter einzustellen, sondern für echte Zukunftschancen wie mit einer FestEinstellung zu sorgen.“

So sehen es auch viele der tausend Jugendlichen die zeitgleich in Aalen,

Friedrichshafen, Offenburg, Stuttgart, und Rastatt auf die Straße gingen. Sie forderten zudem eine bessere Ausbildungsqualität, bessere Bildungschancen und ein faires Einkommen nach der Ausbildung. Es ist schon deprimierend und erschreckend, wie schnell man als Auszubildender in Hartz IV landet, so Alexander von der JAV abschließend.

WIR BUCHTIP Buchtip Berthold Huber Kurswechsel für Deutschland

Dass die Politik in der Krise ist, wird niemand bestreiten. Das Scheitern neoliberaler Politik wird mit dem Desaster der Finanzmarktkrise offenbar. In dieser Situation, die eine Zeitenwende andeutet, meldet sich der IG Metall Vorsitzende Berthold Huber mit einem Buch zu Wort.

Berthold Huber spricht sich für einen grundlegenden Kurswechsel aus. Er fordert nicht nur eine Rückbesinnung auf Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit. Einem marktradikalen Kapitalismus stellt er das Konzept der sozialen marktwirtschaftlichen Demokratie entgegen. Die Gesellschaft brauche einen tragenden Konsens. Er fordert einen neuen Zukunftsvertrag, der demokratische, soziale und ökologische Ziele vereinigt.



Ergänzend zum Essay von Huber sind Stellungnahmen anderer Autoren aufgenommen. Das entspricht dem Willen Hubers, statt fertiger Konzepte die Diskussion anzuregen. Das Buch liefert einen wichtigen Beitrag für die notwendige gesellschaftspolitische Debatte um unsere Zukunft.

Berthold Huber. Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise. Campus Verlag 2010. 25,60 €.

Impressum: V.i.S.d.P.: Rudolf Luz, IG Metall Heilbronn-Neckarsulm. Redaktion: IG Metall-Betriebsräte Audi AG Neckarsulm. Layout: Edgar Buck, Ludwigsburg. Druck: Knödler, Benningen.

WIR FORUM Liebe Leserinnen und Leser, Ihr seid dran

Was nervt, was stört, was läuft nicht gut – aber auch was gefällt, was erstaunt, was freut oder was hat euch tief betroffen gemacht. Schreibt es uns. Jedoch nicht mehr als 1.000 Zeichen. Wir veröffentlichen euren

Beitrag mit Name und Bild. Allerdings behält sich die Redaktion das Recht vor, aus der Anzahl der eingesandten Beiträge auszuwählen und diese gegebenenfalls zu redigieren. Texte an: wilfried.lauber@audi.de



Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen einen erholsamen Urlaub Eure Betriebsräte und Vertrauensleute von der IG Metall

Betriebsklima: Es braut sich was zusammen

WIR

IG Metall bei Audi

Nummer 10 JULI 2010
Zeitung der IG Metall Betriebsräte

Versetzungen: Bitte fair sein!

Wenn dunkle Wolken aufziehen, ein Gewitter im Anmarsch ist, fühlt sich kaum einer wohl. Am sichersten ist man dann im Haus unter Freunden oder der Familie. Was ist aber, wenn das Betriebsklima durch dunkle Wolken, z.B. durch Versetzungen getrübt wird? Regelungen des Betriebsrates können da ein wenig helfen. Wenn aber Vorgesetzte das Menschliche dabei vergessen, ist keinem geholfen. Weiter Seite 3

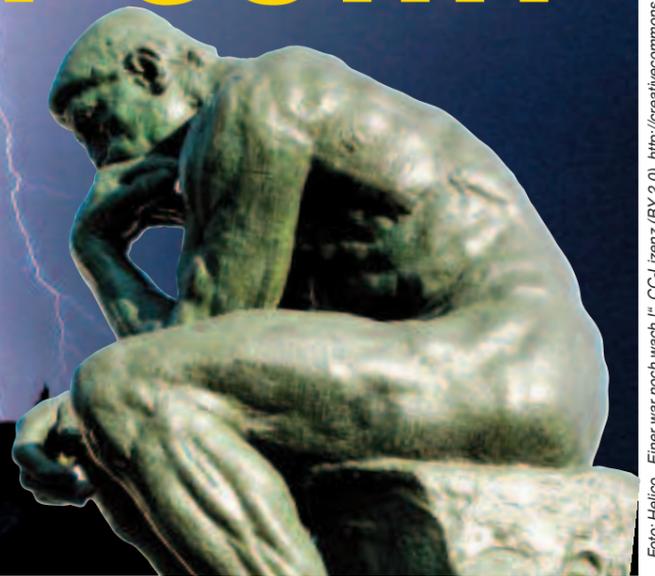


Foto: Helico, „Einer war noch wach“, CC-Lizenz (BY 2.0), http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/de/ deed.de. Aus der kostenlosen Bilddatenbank www.piqs.de

ALEX GEHT

Ende des Jahres ist es soweit. Die alle zwei Jahre zu wählenden Jugend- und Auszubildendenvertreter (JAV) stehen auf ihren Startplätzen. Doch in diesem Jahr wird es etwas anders sein. Alexander Reinhart (Foto) scheidet aus und steht für die Jugend nicht mehr zur Wahl. Für ihn ein Grund auf seine Zeit als Jugendvertreter und Vorsitzender zurück zu blicken und sein eigenes Resümee einer erfolgreichen Zeit zu ziehen. Siehe Seite 4



det aus und steht für die Jugend nicht mehr zur Wahl. Für ihn ein Grund auf seine Zeit als Jugendvertreter und Vorsitzender zurück zu blicken und sein eigenes Resümee einer erfolgreichen Zeit zu ziehen. Siehe Seite 4

600 Euro mehr

IG Metall-Betriebsräte bei Belastungszulage erfolgreich

Da lacht der Geldbeutel. Im Februar diesen Jahres war es endlich amtlich. Die Mitarbeiter im Lackraum A17 der Lackiererei erhalten ihre Belastungszulage von ca. 63,00 Euro pro Monat.

Rückwirkend gab es sogar eine Nachzahlung in Höhe von ca. 600 Euro pro Mitarbeiter. Der Einsatz der IG Metall-Abteilungsbetriebsräte für die Mitarbeiter hatte sich gelohnt.



Nachrichten

„Reiche werden reicher... Arme werden ärmer und der Mittelstand wird ausgezehrt.“ Dies bestätigt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Berthold Huber, Vorsitzender der IG Metall, kritisiert die CDU/FDP-Bundesregierung: „Mit dem jetzt angekündigten, unsozialen Sparpaket wird den Menschen die Milliarden-Rechnung präsentiert, während die Verursacher Milliardengewinne in ihren Bilanzen ausweisen und die Spekulation munter weiter geht“.

Rolf Klotz in der Stuttgarter Zeitung

Kwa Nobuhle

„Die Freunde in Kwa Nobuhle“ steht mit großen Lettern als Überschrift unter der Reportage von Hermann Abmayr in der Süddeutschen Zeitung vom 18. Juni 2010. Er beschreibt darin die Geschichte des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Rolf Klotz aus Neckarsulm, der während der Zeit der Apartheid in Port Elisabeth war. Wie er von weißen Managern als verückt erklärt wurde und trotz Ermahnung auf eine Streikversammlung ging. Wie er eine Freundschaft zu



Rolf Klotz in Südafrika

den Menschen in den Townships aufbaute, die für ihn unvergessen bleibt und bis heute besteht. Lesen sie die ganze Story auf der Mynet-Seite des Betriebsrates.

CDU/FDP schröpfen uns und schonen die Millionäre

Asoziales aus Berlin

Die Millionäre und Besserverdienende können sich auf ihre Bundesregierung verlassen. Mit ihrem Sparpaket greifen CDU/CSU/FDP fast nur in die Taschen der Armen, während die Reichen sogar belohnt werden. Rund 900 Millionen holen sich Merkel und Co. bei Eltern Hartz-IV- und Wohngeldempfängern. Auf der Gegenseite erhielten die Hotelbesitzer 1 Milliarde geschenkt. Da freut sich August von Finck, Miteigener der Hotelkette Mövenpick. Seine Spenden von 1,1 Millionen an die FDP und 800.000 an die CSU haben sich gelohnt. Weiter Seite 2

Für die Reichen darf es weiter Kaviar auf der Yacht sein, den Armen wird die Margarine gestrichen



Foto Photosucher, „Yacht“, CC-Lizenz (BY 2.0) http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/de/ deed.de. Aus der kostenlosen Bilddatenbank www.piqs.de

Vollversammlung als Wissensvorsprung

Seit 2001 sind die gesetzlichen Leistungen bei der Berufsunfähigkeit dramatisch eingeschränkt worden. Die Risiken die sich daraus für den Einzelnen ergeben, hat Peter Diener

eindrucksvoll auf der letzten Vollversammlung aufzeigen können. Viermal im Jahr werden die Vertrauensleute von der Vertrauenskörperleitung (VKL) dazu eingeladen. Siehe Seite 2

Qualifizierungstarifvertrag

Nutze deine Chance

Bessere Qualifizierung bedeutet in der Regel ein höheres Entgelt, eine anspruchsvollere Tätigkeit und somit auch eine zufriedenere Arbeitseinstellung. Diese Möglichkeit bietet sich jedem Beschäftigten bei Audi.

Mit einem Qualifizierungsge- spräch, das laut Betriebsvereinbarung jedem Mitarbeiter und Mitarbeiterin einmal jährlich zusteht, kann jeder die Weichen für sein eigenes Weiterkommen stellen. Siehe Seite 2

Norbert Rank: 10 Jahre Betriebsratsvorsitzender

Herzlichen Glückwunsch

Montag, 3. Juli 2000 – Sitzung des Betriebsrats in Neckarsulm: Norbert Rank wird einstimmig zum Vorsitzenden des Neckarsulmer Gremiums gewählt! Heute, 10 Jahre später, genießt Norbert Rank immer noch das uneingeschränkte Vertrauen der Betriebsräte und Kolleginnen und Kollegen in Neckarsulm. Und dies zu Recht, denn



seine Kontakte aus nahezu 40 Jahren NSU und Audi, seine Erfahrung aus 25 Jahren als Betriebsrat möchten wir gerade in dieser turbulenten Zeit nicht missen. Seine Bilanz kann sich sehen lassen: am 1.1.2000 zählte unsere Belegschaft 12.543 Köpfe, zum 31.05.2010 waren 13.589 – ein Plus von mehr als 1.000 Beschäftigten. Wir sagen: weiter so!

Wir müssen bluten

Für Eltern und ihre Kinder soll es weniger oder gar nichts mehr geben. Die Reichen und Superreichen werden geschont oder bekommen noch was dazu, wie z. B. die Hoteliers. Das geplante soziale Sparpaket von CDU, FDP und CSU im Einzelnen:

Sozialleistungen wie etwa die Eingliederungshilfen für Jobsuchende sollen in Ermessensleistungen umgewandelt werden.

Für Arbeitslose sollen die für zwei Jahre gezahlten Zuschläge beim Übergang vom ALG I ins ALG II gestrichen werden.

Bei Hartz IV soll das Elterngeld gestrichen werden.

Bei der Arbeitslosenversicherung wäre durch das Sparpaket eine Erhöhung auf über 3 Prozent notwendig.

Das Elterngeld soll gekürzt werden und nur noch 65 statt bisher 67 Prozent als Berechnungsgrundlage genommen werden.

Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger soll wegfallen. Die Subventionen bei der Ökosteuer für

besonders energieintensive Unternehmen sollen wegfallen. Desweiteren soll es eine Brennelementesteuer, Luftverkehrsabgabe sowie eine Finanzmarktsteuer geben. Die Bahn soll einen Teil ihrer Gewinne an

den Staat abführen. Streitkräfte sollen verkleinert werden, Beamte in Summe auf 2,5 Prozent ihrer Bezüge verzichten und der Aufbau des Berliner Schlosses soll auf Eis gelegt werden.



Weniger Geld für Eltern, Arbeitslose, Hartz-IV- und Wohngeld-Empfänger



KOMMENTAR

Das Sparpaket ist sozial ungerecht



Rudolf Luz, IG Metall Heilbronn-Neckarsulm

Das Sparpaket der Bundesregierung ist keine gerechte Antwort auf die Krise. Es lässt jegliche Ausgewogenheit vermissen, weil bei den Opfern der Krise der größte Brocken gespart werden soll. Deshalb lehnt die IG Metall das Sparpaket ab.

Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank sind in Deutschland die öffentlichen Haushalte in den Jahren 2008 und 2009 um 98 Mrd. Euro durch die Finanzkrise zusätzlich belastet worden. Umgerechnet auf jeden von uns sind dies 1.250 Euro. Bei einer vierköpfigen Familie sind dies satte 5.000 Euro.

Mit dem Sparpaket werden die Banken nur mit 2 Mrd. Euro jährlich belastet. Eine Finanztransaktionssteuer, die jährlich ca. 27 Mrd. Euro einbringen würde, wird nicht ernsthaft angegangen. Während die gebeutelten Bürger 19 % Mehrwertsteuer auf ihre Umsätze zahlen, wird eine „Umsatzsteuer“ auf Börsen- und Finanzgeschäfte von nur einem Prozent für nicht durchsetzbar gehalten. Spekulanten und Casino-Kapitalisten, die in den vergangenen Jahren dem Ge-

meinwohl unermesslichen Schaden zugefügt haben, müssen zur Kasse gebeten werden. Solange die Politik hier untätig bleibt, wird die Unzufriedenheit der Menschen bleiben.

Das Sparpaket ist wirtschaftspolitisch unsinnig. Es spart bei denen, die jeden Cent drehen müssen: Familien und Arbeitslose. Damit wird die Konjunktur gebremst. Was wir bräuchten wäre ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Statt Geringverdiener zu drücken, sollte der Spitzensteuersatz angehoben werden. Bereits jetzt sind die Privatvermögen wieder auf Vorkrisenniveau. Die Reichen tun so, als wäre nichts geschehen. Für sie ist die Krise vorbei. Champagnerkorken dürfen wieder knallen.

Die IG Metall fordert deshalb eine Zukunftsanleihe auf alle Vermögen über 750.000 Euro. Das tut den Gutbetuchten wahrlich nicht weh, auch wenn sie die lautesten Schreier sind. Die IG Metall wird es bei einem Nein zum Sparpaket nicht belassen. Wir werden auf die Straße gehen und Druck machen. Wir brauchen einen Kurswechsel in der Politik.



Arbeitskreis Schwerbehinderte

Für die Rechte der Behinderten

Engagement über den Bereich des eigenen Arbeitsplatzes hinaus, verbindet die Mitglieder im Arbeitskreis Schwerbehinderte bei der IG Metall in Heilbronn-Neckarsulm.

Zudem haben sie am eigenen Leib erfahren müssen, was es in unserer Gesellschaft bedeutet mit einer Behinderung zurecht zu kommen. Über 500.000 Beschäftigte gibt es in Baden-Württemberg in der Metall- und Elektroindustrie. Darunter 25.000 Menschen mit Behinderung, die in einem vollwertigen Arbeitsverhältnis stehen. Für deren Rechte setzen sich 648 gewählte Vertrauensleute tagtäglich ein. Darunter auch Michael Blenk, Schwerbehindertenvertrauensmann bei Audi und Vorsitzender des Arbeitskreises.

Viermal im Jahr trifft sich der Arbeitskreis. Bis zu 30 Firmen



Michael Blenk, Schwerbehindertenvertrauensmann bei Audi und Vorsitzender des Arbeitskreises

aus dem Unterland entsenden ihre IG Metall-Vertrauensleute zu diesen Veranstaltungen. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist der Erfahrungsaustausch der Mitglieder. Doch nicht nur innerhalb des Arbeitskreises sondern auch mit Vertretern der Arbeitssicherheit findet ein reger Informationsaustausch statt. Dabei richten sich immer die Blicke sowohl auf das Betriebsverfassungsgesetz sowie auf das SGB IV (Sozialgesetzbuch). Dieses bildet die rechtlichen Grundlagen unter anderem von Integrationsvereinbarungen, Wiedereingliederungen, betrieblichem Eingliederungsmanagement sowie Vereinbarungen über die Rechte von Menschen mit Behinderung.

Qualifizierungstarifvertrag

Nutze deine Chance

Seit Juli 2008 gibt es bei Audi die Betriebsvereinbarung „Qualifizierung“. Diese regelt nicht nur betriebliche Qualifikation, sondern auch Maßnahmen über das berufliche Umfeld hinaus. In einem ersten Schritt wird das Qualifizierungsgespräch zum Ausgangspunkt für alle weiteren Qualifizierungsmaßnahmen. Dabei wird mit dem Beschäftigten gemeinsam der Qualifizierungsbedarf festgelegt und vom Vorgesetzten dokumentiert. Doch nicht nur aktive Mitarbeiter haben Anspruch

auf ein jährliches Gespräch, sondern auch Beschäftigte in der gesetzlichen Elternzeit, der Pflegezeit und in Kindererziehungszeiten. Voraussetzung dafür ist eine Wiedereinstellungszusage seitens des Unternehmens. Bei einer privaten beruflichen Weiterbildung besteht zudem ein einmaliger Anspruch auf fünf Jahre Freistellung. Diese wird in einem Dienstaufhebungsvertrag mit gleichzeitiger Wiedereinstellungszusage geregelt. Näheres dazu bei allen IGM Betriebsräten.

Millionäre gegen Sparbeschluss

„Wichtig ist, dass die soziale Balance wieder hergestellt wird. Ich bin für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Wir können nicht die Ärmern stärker belasten, ohne die Reichen in die Pflicht zu nehmen. Die Sparvorschläge der Regierung sind grottenschlecht.“
Peter Krämer (59),
Reeder in Hamburg

„Als Sozialarbeiterin weiß ich: Man kann bei Hartz IV nicht mehr sparen. Als Erbin weiß ich: Die Steuern für Reiche sind skandalös niedrig in Deutschland.“
Eva Stütz (49),
Sozialpädagogin, Erbin und Stifterin der Bewegungstiftung, Rosenheim
Alle Zitate aus dem stern Nr. 26

Vertrauensleute Vollversammlung: Vorsicht Falle Rente bei Berufsunfähigkeit?

Am Samstag den 19.06. stellte Peter Diener die Kampagne von IG Metall und Gesamtmetall zum Thema „Gesetzliche Erwerbsminderungsrente“ auf der Vertrauensleute Vollversammlung vor.

Sachlich, informativ, auf konkreten Beispielen aufbauend, präsentierte der Projektmanager von pd business ein für so machen trockenes Thema. Dieses jedoch überaus unterhaltsam und an manchen Stellen ergreifend. Sichtbar wurde dabei welche Auswirkungen die so scheinbar sichere Berufsunfähigkeitsrente beim Bedarfsfall nach sich zieht.

Sich frühzeitig informieren und letzt-

endlich selber vorsorgen, bleibt damit niemandem erspart. Mit dieser Veranstaltung hat die Vertrauenskörper-Leitung (VKL) wieder einmal gezeigt, dass es sich durchaus für die Vertrauensleute lohnt, regelmäßig an den Veranstaltungen teilzunehmen.

„Wir versuchen immer einen Referenten zu gewinnen, der zu aktuellen Themen spricht und aufklärt“, so Ottmar Kellhammer, Mitglied der Vertrauenskörperleitung bei Audi Neckarsulm. Wer von den Beschäftigten Informationsbedarf zur Erwerbsminderungsrente hat, sollte sich mit seinem IG Metall Betriebsrat in Verbindung setzen, so Kellhammer abschließend.



Ottmar Kellhammer

Termine 2010

- 15.07. Betriebsversammlung
- 4.9. Gehörlosen-Information des BR
- 11.09. Ende der Schulferien in BaWü
- 16.09. IGM-Delegiertenversammlung
- 18.09. Vertrauensleute-vollversammlung
- 18./19.09. Endrunde des Audi Cups in Győr
- 19.09. DTM in Oschersleben
- 25.09. Jubilärfest der IG Metall
- 11.10. Versammlung der Menschen mit Behinderungen
- 14.10. Betriebsversammlung

Betriebsklima: Es braut sich was zusammen

„... etwas tue, was ich später bereuen werde“

„Wann ist der Zeitpunkt erreicht, an dem ich mich nicht mehr beherrschen kann und etwas tue, was ich später bereuen werde“. Das sind die Gedanken die jemandem durch den Kopf gehen, wenn er sich nicht nur von seinen Kollegen sondern auch von seinen Vorgesetzten gemobbt fühlt.

So ging es Peter S., der seit 35 Jahren bei Audi arbeitet, sich in all den Jahren nichts hat zu Schulden kommen lassen und von heute auf morgen seinen Arbeitsplatz als Gruppensprecher aufgeben musste. Nicht dass dies das Schlimmste in

der Situation gewesen wäre – viel schlimmer war das Desinteresse mit dem Mitarbeiter nach Alternativen zu suchen. So scheint es häufig zu sein, wenn es darum geht Personal zu versetzen und sozialkompetentes Verhalten von Vorgesetzten fehlt. Die Missachtung menschlicher Bedürfnisse zeigt sich auch am Stimmungsbarometer, bei den Betriebsratswahlen oder auch in einer mangelnden Motivation.

Vieles, wenn nicht sogar alles, wird versucht formal in Vereinbarungen zu regeln. Doch damit allein ist noch lange nichts erreicht. Der richtige Umgang mit den Betroffenen in ihren speziellen Situationen ist der Schlüssel zur Veränderungen. Doch es wird lieber am grünen Tisch diskutiert, als sich mit den Betroffenen persönlich auseinander zu setzen. Regularien allein bestimmen zu oft den Tagesablauf und die Beziehungsebene bleibt auf der Strecke. Daher will der Betriebsrat – zusammen mit dem Unternehmen – einen neuen Weg gehen. „Formal beschreiben – sozial umsetzen“ soll dabei die Devise lauten, nach der der Betriebsrat handeln will.

Nachrichten

CGM gegen Arbeitszeitverkürzung

Die „Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) hat sich gegen Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung ausgesprochen. Auf einem Gewerkschaftstag beschlossen die Delegierten ohne Diskussion: „Kollektive Verkürzung der Wochenarbeitszeit schafft keine Arbeitsplätze für Arbeitslose und straft die Arbeitsplatzbesitzer durch Arbeitsverdichtung und Stress. Einseitige Erhöhung der Bareinkommen steigert die Kosten, schädigt die Konkurrenzfähigkeit und vernichtet damit Arbeitsplätze“.



Aus der kostenlosen Bildatbank www.piqs.de

IG Metall-Betriebsräte wollen Versetzungen regeln

Freiwillig hat Vorrang

Die starke Nachfrage nach dem neuen A8 macht die Rückkehr zum Zweischichtbetrieb unumgänglich. Der IGM Betriebsrat begrüßt dies und hat ein Vorziehen des Zweischichtbetriebs gefordert. Durch das Hochfahren auf zwei Schichten im A8 sowie das gleichzeitige Ende der dritten Schicht beim A4, wird es zu zahlreichen Versetzungen zwischen den Segmenten kommen. Damit die Versetzung für die betroffenen Mitarbeiter kalkulierbar bleibt, fordert der IGM-Betriebsrat ein sauberes Reglement und ein einheitliches Vorgehen.

Folgende Regelungen stehen an:

1. Freiwilligkeit hat Vorrang: Damit das realisiert werden kann, ist in den abgebenden Abteilungen frühzeitig über das Wechselkontingent zu informieren.

2. Belegschaftsstruktur beachten: Der zu versetzende Teil der Belegschaft sollte in Bezug – unter anderem auf die Altersstruktur – dem Schnitt der Abteilungsstruktur entsprechen.

3. Entgeltsicherung: Bei Versetzungen ist darauf zu achten, dass die Betroffenen im neuen Bereich ihre Eingruppierung halten können.

4. Ankündigungsfristen: Bei nicht gegebener Freiwilligkeit sind Ankündigungsfristen zu beachten:

5. Einspruchsrecht für Härtefälle: Hat ein Mitarbeiter gewichtige Gründe gegen seine Versetzung, so kann er dies im Versetzungsgespräch vorbringen. Fachabteilung, Personalwesen und Betriebsrat müssen dann nochmals über die vorgelegten Argumente beraten und entscheiden.

6. Versetzungsgespräch: Jeder Mit-

arbeiter hat einen Anspruch auf ein ordentliches Versetzungsgespräch im vertraulichen Rahmen.

7. Personalformular: Das Einverständnis mit der vorgesehenen Versetzung dokumentiert der Mitarbeiter im Vorfeld mit seiner Unterschrift auf dem Personalformular.

8. Einarbeitungszeiten: Im neuen Bereich werden Mindestanlernzeiten definiert.

9. Nachbetreuung: Vorgesetzter, Personalreferent und Abteilungsbetriebsrat im neuen Bereich führen ein Gespräch mit den Betroffenen innerhalb von drei Monaten.

Die Vorschläge des IGM Betriebsrates liegen zur Zustimmung des Unternehmens auf dem Tisch und tragen als ein wesentlicher Baustein auf dem Weg zum attraktiven Arbeitgeber bei.

Lackiererei: IG Metall-Betriebsräte bei Belastungszulage erfolgreich

600 Euro mehr im Geldbeutel

Die Mitarbeiter im Lackraum A 17 in der Lackiererei erhalten künftig eine Belastungszulage von 63 Euro im Monat. Zudem gibt es eine Nachzahlung von ca. 600 Euro.

Günter Burkhardt, einer der drei IG Metall-Betriebsräte aus der Lackiererei, verwies jedoch darauf, dass es ihnen auch bewusst sei, allein mit einer Belastungs-

zulage die grundlegenden Probleme nicht lösen zu können. „Gesundheit kann man nicht abkaufen“, betont Günter Burkhardt. Deshalb sind die IGM-Betriebsräte weiterhin mit dem Unternehmen in Gesprächen, die Ursachen von Belastung so gut es möglich ist zu begrenzen. „Bis es soweit ist, kann man die Belastungszulage als Entschädigung sehen“, so die IGM-Betriebsräte.

In vielen Gesprächen mit Betriebsratskollegen aus der Fachkommission für Entgelt und einer Begehung vor Ort mit Unternehmensvertretern, gelang es die Entscheider von der Notwendigkeit einer Belastungszulage zu überzeugen. Dabei ergab die Bewertung einen Belastungspunkt. Ein Belastungspunkt bedeutet, 63 Euro mehr Entgelt im Monat.

Der Hintergrund der Problema-

tik spielt sich im Lackraum A 17 der Lackiererei ab. Dort werden die Fertigungslinien mit Farbe über verschiedenen Leitungssystemen versorgt. Die Farbe selbst wird über große Container angeliefert, die dann an die Farbleitungen angedockt werden. Rührwerke in den Containern sorgen für gleichbleibende Konsistenz des Materials und verhindern ein Absinken der Farbpig-

mente. In diesem Arbeitsbereich wird bei Wartungs- und Reinigungsarbeiten häufig mit Lösungsmittel gearbeitet. Zudem sorgen die vielen Anlagen für einen erhöhten Lärmpegel. Durch permanente Zunahme der Arbeitsumfänge verbringen die Mitarbeiter immer mehr Zeit im direkten Anlagenbereich, was zu einer erhöhten Belastung durch Lärm, Gase und Dämpfe führt.



Jürgen Mews, Betriebsrat (links), freut sich mit Gerard Kocher(Lackierer) betont: „600 Euro Nachzahlung mit Hilfe der Betriebsräte kann sich schon sehen lassen. Ich freue mich, dass sich der Betriebsrat für uns Kolleginnen und Kollegen im Lackraum eingesetzt hat.“

NEU Preisrätzel NEU

Der Gewinn: Ein Trolley (Reisekoffer)

Von wem stammt dieses Zitat?

„Kollektive Verkürzung der Wochenarbeitszeit schafft keine Arbeitsplätze für Arbeitslose und straft die Arbeitsplatzbesitzer durch Arbeitsverdichtung und Stress. Einseitige Erhöhung der Bareinkommen steigert die Kosten, schädigt die Konkurrenzfähigkeit und vernichtet damit Arbeitsplätze“.

Lösungsvorschlag

A: Bundesverband der Arbeitgeber
B. Außenminister Guido Westerwelle (FDP)
C: Christliche Gewerkschaft Metall (CGM)

Der Preis

Unter den richtigen Einsendungen wird ein kleiner Trolley (Reisekoffer) verlost.

Ihre Lösung senden Sie

... mit Lösungsbuchstabe, Name und Stammnummer an

Per E-Mail: wilfried.lauber@audi.de.
Per Audipost an:
N-BR Wilfried Lauber
Teilnahmeberechtigt sind alle Audi-Mitarbeiter. Ausgenommen sind Betriebsräte und Mitarbeiter der WIR-Reaktion. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.